#### Bauüberhang in Baden-Württemberg 1951-1954

Stand am	Gebäude	Wohnungen		
31. Dezember 1951	28 324	56 000		
30. Juni 1952¹)	38 817	76 398		
31. Dezember 1952	29 101	59 414		
30. Juni 19531)	43 715	86 948		
31. Dezember 1953	30 973	66 810		
30. Juni 1954¹)	47 113	94 672		
31. Dezember 1954 <sup>2</sup> )	34 000	73 000		

<sup>1)</sup> Errechneter Bauüberhang. - 2) Geschätzter Bauüberhang.

Baugenehmigungen in Baden-Württemberg 1950-1954

	Н	albjahr	Gebäude	Wohnunger
1950	1. Halbj	ahr	20 496	39 607
	2. "		22 066	41 979
1951	1. "		19 962	32 283
	2. "		16 838	29 613
1952	1. "		16 903	33 835
	2. "		18 486	37 674
1953	1. "		20 378	40 682
	2. "		23 088	46 937
1954	1. "		23 553	44 952
	2. "		23 0001)	44 0001)

<sup>1)</sup> Geschätzt.

zu erwartenden Baufertigstellungen geben. Es zeigt sich, daß der Bauüberhang am 31. Dezember sowohl im Jahr 1952 als auch 1953 bei Gebäuden etwa 73 vH des Bauüberhanges am 30. Juni betragen hat. Bei Wohnungen belief er sich auf etwa 77 vH. Damit kann der Bauüberhang zum 31. Dezember 1954 mit 73 bzw. 77 vH des Überhanges am 30. Juni 1954 geschätzt werden.

Wie die Entwicklung der Baugenehmigungen in den einzelnen Halbjahren seit dem 1. Januar 1950 zeigt, sind im 2. Halbjahr 1953 Höchstwerte festzustellen, die im 1. Halbjahr 1954 bei Wohnungen schon nicht mehr erreicht wurden, so daß für das 2. Halbjahr 1954 höchstens mit den im 1. Halbjahr festgestellten Genehmigungszahlen zu rechnen sein wird.

Werden nun die geschätzten Genehmigungszahlen für das 2. Halbjahr 1954 dem Bauüberhang am 30. Juni 1954 hinzugezählt und hiervon der zum 31. Dezember 1954 geschätzte Bauüberhang in Abzug gebracht, so ergeben sich 36 000 Gebäude und 65 000 Wohnungen, deren Fertigmeldung im 2. Halbjahr 1954 noch zu erwarten steht. Diese geschätzten Zahlen sind mit allen Vorbehalten zu betrachten, da sie auf Grund einer Extrapolation der vorliegenden Entwicklungsreihen gewonnen sind, die z. B. keinen Aufschluß darüber geben können, ob die Witterungsverhältnisse im 2. Halbjahr 1954 so sein werden, daß, wie im letzten Jahr, noch im November und Dezember Gebäude bezugsfertig gemacht werden können.

## PREISE, LÖHNE UND SOZIALE SICHERUNG

## Die Arbeitsverdienste in der Industrie im Mai 1954

Die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste aller Arbeiter in der Gesamtindustrie Baden-Württembergs erfuhren gegenüber dem Monat Februar eine leichte Erhöhung. Auch für die einzelnen Arbeitergruppen können, von den männlichen Facharbeitern und angelernten Arbeitern abgesehen, erhöhte Bruttostundenverdienste ausgewiesen werden. Am stärksten angestiegen sind dabei die Stundenverdienste der männlichen Hilfsarbeiter.

Bei den einzelnen Gewerbegruppen war die Entwicklung zum Teil recht unterschiedlich. Wohl erhöhten sich die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste bei fast allen Gewerbegruppen, doch überschritt die Erhöhung in nur wenigen Fällen den Wert von 2 Pfennig. Ein Anstieg um mehr als 2 Pfennig war nur im Flachdruckgewerbe, in der Nichteisenmetallindustrie, in der Nahrungsund Genußmittelindustrie, in der Chemischen Industrie

und im Brauereigewerbe zu verzeichnen. Geringere Bruttostundenverdienste als im Monat Februar wiesen im Monat Mai nur vier Gewerbegruppen aus, wobei es sich außer in einem Fall immer um Werte unter 1 Pfennig handelte. Nur in wenigen Fällen waren die gestiegenen Effektivlöhne eine Folge von tariflichen Lohnerhöhungen; dagegen haben sich in einigen Gewerbegruppen im Monat Mai die Zuschläge für Überstunden, für Sonnund Feiertagsarbeit besonders stark ausgewirkt. Keinen Einfluß auf die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste aller Arbeiter im Baugewerbe hatte die tarifliche Lohnerhöhung in dieser Gewerbegruppe. Der Grund liegt vor allem darin, daß hier in der Zeit von Februar bis Mai sehr viel Arbeiter neu eingestellt wurden, die aber das Lohnniveau der im Monat Februar vornehmlich erfaßten Stammarbeiter nicht erreichten.

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit aller Arbeiter ist gegenüber dem Monat Februar in der Gesamtindustrie um 1,4 Stunden (+ 3,0 vH) angestiegen, wobei sich die Erhöhungen ausschließlich auf die männlichen Arbeitergruppen beschränkten. Die Wochenarbeitszeiten der weiblichen Arbeitergruppen wiesen entweder keine Veränderungen auf oder gingen sogar leicht zurück (weibliche Hilfsarbeiter).

Die durchschnittlichen Bruttoverdienste in der Industrie, aufgegliedert nach Arbeitergruppen, in Baden-Württemberg

	Bruttostundenverdienste				Bruttowochenverdienste			
Arbeitergruppe	in DM		Indexziffer1)		in DM		Indexziffer!)	
	Febr. 54	Mai 54	Febr. 54	Mai 54	Febr. 54	Mai 54	Febr. 54	Mai 54
Männliche Facharbeiter	1,93	1,93	195,6	196,0	93,07	96,91	188,1	198,3
Männl. angelernte Arbeiter .	1,79	1,79	205,9	207,1	85,36	89,23	198,7	210,0
Männliche Hilfsarbeiter	1,46	1,48	212,1	213,2	68,81	73,59	207,8	226,9
Alle männlichen Arbeiter	1,78	1,79	201,9	202,7	85,54	89,42	194,7	206,6
Weibliche Fach- und ange-			·		!			
lernte Arbeiter	1,20	1,21	224,4	225,1	52,95	53,34	212,3	213,4
Weibliche Hilfsarbeiter	1,07	1,08	223,9	224,3	50,10	50,35	222,6	223,0
Alle weiblichen Arbeiter	1,15	1,16	224,72)	225,42)	51,98	52,29	215,9	216,8
Alle Arbeiter	1,57	1,59	204,9	205,7	73,47	77,06	197,5	207,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>) Basis: September 1938 = 100. — <sup>2</sup>) Die Tatsache, daß die Indexzissern für die zusammengefaßten Arbeitergruppen nicht zwischen den Indexzissern für die einzelnen Arbeitergruppen liegen, ist durch die anzuwendende Verkettungsmethode bedingt.

Das Ansteigen der Wochenarbeitszeiten war nahezu bei allen Gewerbegruppen zu beobachten, besonders aber bei denjenigen, die, jahreszeitlich bedingt, während den Wintermonaten verkürzte Arbeitszeiten hatten.

So waren die größten Steigerungen der Arbeitszeiten beim Baugewerbe (+ 36,2 vH), im Brauereigewerbe (+ 6,9 vH), in der Sägeindustrie (+ 6,2 vH) und in der Industrie der Steine und Erden (+ 5,7 vH) festzustellen. Geringere Arbeitszeiten wiesen gegenüber dem Monat Februar nur wenige Gewerbegruppen auf. Der Rückgang lag aber hier immer unter dem Wert von einer Stunde.

Die höheren Bruttostundenverdienste und Arbeitszeiten bewirkten auch höhere Bruttowochenverdienste. So stieg der Wochenverdienst aller Arbeiter in der Gesamtindustrie von Februar bis Mai um 3,59 DM (+ 4,9 vH) an, wobei sich die Wochenverdienste der männlichen Ar-

beiter am meisten, und zwar im Maximum um 6,9 vH, erhöhten. Auf Grund der fast unveränderten Arbeitszeiten der weiblichen Arbeiter nahmen die Wochenverdienste dieser Arbeitergruppe gegenüber dem Februar nur unwesentlich zu.

Da die Wochenverdienste, wie schon erwähnt, sehr stark von der Arbeitszeit abhängig sind, wiesen vor allem diejenigen Gewerbegruppen stark erhöhte Bruttowochenverdienste aus, die gegenüber dem Monat Februar auch die größten Steigerungen der Arbeitszeiten zu verzeichnen hatten, so das Baugewerbe, das Brauereigewerbe und die Sägeindustrie. Niedrigere Bruttowochenverdienste waren nur bei wenigen Gewerbegruppen festzustellen, wobei das Maximum bei –1,2 vH lag. Die Gründe hierfür sind fast ausschließlich in den kürzeren Arbeitszeiten zu suchen.

## STEUER-, FINANZ- UND GELDWESEN ...

# Der Personalstand der öffentlichen Verwaltung in Baden-Württemberg am 2. Oktober 1953

Am 2. Oktober 1953 wurde wie im Vorjahr bundeseinheitlich eine Personalstandserhebung für die staatliche und gemeindliche Verwaltung, einschließlich der wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, durchgeführt. Sie erstreckte sich auf die in unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigten Personen.

Die Zuordnung der Gemeinden zu den Größenklassen erfolgte nach dem endgültigen Ergebnis der Volkszählung vom 13. September 1950 und nach dem Gebietsstand vom 31. März 1953.

Der Umfang der Erhebung 1953 weicht von der vorjährigen¹) in einigen Punkten ab. Nicht erfaßt wurden diesmal die wirtschaftlichen Unternehmen der Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern. Das Forstpersonal, das Personal der Steuerverwaltung, die nichtständig beschäftigten Angestellten und Arbeiter, die Spätheimkehrer und Heimatvertriebenen und die nach dem Gesetz zu Art. 131 GG untergebrachten und auf die Pflichtanteile anrechenbaren Personen wurden nicht gesondert ausgegliedert. Andererseits sind die Bediensteten der öffentlichen Einrichtungen und der Ausgleichsämter besonders ausgezählt worden.

Am 2. Oktober 1953 wurden in den Hoheits- und Kämmereiverwaltungen und ihren wirtschaftlichen Unternehmen insgesamt 190 138 Bedienstete gezählt. Davon entfielen 71 491 (37,6 vH) Personen auf Beamte, 58 392 (30,7 vH) auf Angestellte und 60 255 (31,7 vH) auf Arbeiter.

Zieht man von den Vorjahrsergebnissen die 1953 nicht erfaßten Bediensteten der wirtschaftlichen Unternehmen der Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern ab (1952: 4941 Personen), so ergibt sich gegenüber dem Personalstand des Vorjahres (179 378 Personen) eine Vermehrung von 10 760 Bediensteten = 6,0 vH. Dabei entfällt die Zunahme auf die Hoheits- und Kämmereiverwaltungen (+ 12 260 = 8,3 vH), während die wirtschaftlichen Unternehmen eine Abnahme des Personalstands aufweisen (- 1500 = 4,6 vH). Am 2. Oktober 1953 arbeiteten von den insgesamt erfaßten Bediensteten 159 107 = 84 vH (im Vorjahr 146 847 = 82 vH) in den Hoheits- und Kämmereiverwaltungen und 31 031 =

#### Gesamtergebnisse

Körperschaft			Ange-		zu- sammen	dav. entfallen auf		
		Be- anite		Ar- beiter		Hoheits- u. Käm- merei- verwalt.	Wirt- schaftl. Unter- nelimen	
Land	1953 1952	54 434 51 810	27 792 26 630	19 004 19 491	101 230 97 931	88 036 83 499	13 194 14 432	
Gemeinden mit 10 000 u. mehr Einw. sowie Gemeinde- verbände	1952 1953 1952	.13 063 12 781	24 627 22 620	32 890	70 580 67 319	52 743 49 220	17 837 18 099	
Gemeinden mit weniger als 10 000 Einw.	19531) 19521) 19522)	3 994 3 388 3 744	5 973 4 954 5 593	8 361 5 786 9 732	18 328 14 128 19 069	18 328 14 128 14 128	4 941	
Gebietskörper- schaften insg.	,	71 491 67 979	58 392 54 204 54 843	60 255 57 195	190 138 179 378	159 107 146 847 146 847	31 031 32 531 37 472	

¹) Ohne wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern. — ²) Mit wirtschaftlichen Unternehmen der Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern.

16 vH (im Vorjahr 32 531 = 18 vH) in den wirtschaftlichen Unternehmen.

Bei der Beurteilung der erneuten Erhöhung des Personalstandes ist zu berücksichtigen, daß mit der ständigen Vermehrung der Bevölkerung des Landes auch die Beanspruchung der staatlichen und kommunalen Verwaltung wächst. Beispielsweise hat die Bevölkerung der Landeshauptstadt binnen Jahresfrist um rund 21 000 Personen, seit der letzten Volkszählung (13. September 1950) bis zum Ende des Jahres 1953 um 68 000 Personen zugenommen. Außer dem Bevölkerungszuwachs wirken sich auch neue Aufgabengebiete auf den Personalstand aus, z. B. die Durchführung des Lastenausgleichs.

Auf je 10 000 Einwohner des Landes Baden-Württemberg entfielen am Stichtag 106 Beamte, 86 Angestellte, 89 Arbeiter, insgesamt 281 Bedienstete. Von diesen waren 80 Beamte, 41 Angestellte und 28 Arbeiter in der staatlichen Verwaltung tätig. Auf die Hoheits- und Kämmereiverwaltung entfielen 235, auf die wirtschaftlichen Unternehmen 46 Bedienstete je 10 000 Einwohner.

### Staatliche Verwaltung

Der Personalstand der Hoheitsverwaltung Baden-Württembergs am 2. Oktober 1953 geht mit 4537

Vgl. "Statistische Monatshefte Baden-Württemberg", 1. Jahrgang 1953, Heft 9, Seiten 315-320 und "Statistische Berichte aus Baden-Württemberg", Reihe: Personalstandstatistik, Nr. VII - Pers. - 1952.